



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Sabine Gross, Ruth Müller, Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Schnelle Hilfe für notleidende Wohnungsbauprojekte – am Förderstopp dürfen Wohnungsbauprojekte nicht scheitern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Förderstopp bei der bayerischen Wohnraumförderung unverzüglich zu beenden und dafür die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, gegebenenfalls unter Einbezug des Landtags, zu schaffen.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert, für Wohnungsbauprojekte, die aufgrund des überraschenden Förderstopps bereits in Schwierigkeiten geraten sind oder geraten werden, schnellstmöglich Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln und unbürokratische Unterstützung anzubieten. Das gilt insbesondere für laufende Bauprojekte, für die von den Behörden ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn bewilligt worden ist. Diese sollen durch geeignete Hilfen, die den Zeitraum bis zu einer endgültigen Projektbewilligung überbrücken, unterstützt werden.

Begründung:

Anfang 2025 hat die Staatsregierung überraschend die Bewilligung von Mitteln für den geförderten Wohnungsbau gestoppt. In diesem Kalenderjahr soll es keine Bewilligungen mehr geben. Aufgrund des Förderstaus scheinen neue Bewilligungen im Jahr 2026 ebenfalls äußerst fraglich, da es einen erheblichen Überhang von noch nicht abgearbeiteten Anträgen aus 2024 gibt. Der Stopp betrifft tausende Bauvorhaben für bezahlbares Wohnen in Bayern. Für die meisten dieser Vorhaben bedeutet dies, dass sie gestoppt bzw. auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen.

In einer besonders kritischen Situation befinden sich diejenigen Bauvorhaben, die von den Bewilligungsstellen bereits einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilt bekommen haben. Diese Bauprojekte befinden sich bereits in der Umsetzung, die erwarteten Fördermittel bleiben nun allerdings aus. Allein bei den Mitgliedsunternehmen des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen e. V. (VdW) sind 2 318 Neubauwohnungen und 247 Wohnungen, die modernisiert werden sollen, hiervon betroffen, wie der Verband am 12.05.2025 mitteilte. Die Erklärung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, dass Projekte mit vorzeitigem Maßnahmenbeginn rechtzeitig vor Erstbezug bewilligt werden würden, ist leider nicht ausreichend. Die Gelder werden bereits in der Umsetzungsphase benötigt. Sollte keine Lösung gefunden werden, wären betroffene Unternehmen und Genossenschaften dazu gezwungen, teure Zwischenfinanzierungen in Anspruch zu nehmen. Die Wirtschaftlichkeit der Bauprojekte und die Ermöglichung bezahlbarer Wohnkosten würde dadurch deutlich erschwert werden, kleine Akteure könnten damit gar überfordert werden. Im schlimmsten Fall würden Projekte aufgege-

ben werden. Damit dies nicht eintritt, wird die Staatsregierung aufgefordert, den Förderstopp schnellstmöglich zu beenden und bis dahin die betroffenen Unternehmen und Genossenschaften durch geeignete Überbrückungsmaßnahmen wie z. B. Bürgschaften zu unterstützen.

Die aktuelle Situation bei der sozialen Wohnraumförderung ist bislang einmalig und scheint in dem Ausmaß auch nur Bayern zu betreffen. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf in Bayern. Dass im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung verstärkte Investitionen in den sozialen Wohnungsbau angekündigt wurden, wird begrüßt. Die Staatsregierung kann sich aber nicht leisten, auf die Umsetzung des Koalitionsvertrags zu warten. Die Schwierigkeiten, in die die Wohnungsbauunternehmen aufgrund des bayerischen Förderstopps geraten sind, sind durch Entscheidungen auf bayerischer Ebene entstanden und erfordern zeitnahe Lösungen auf bayerischer Ebene. Denn sozialer Wohnungsbau ist Ländersache. Nachdem 2024 der Wohnungsbau auch im geförderten Segment deutlich eingebrochen ist, muss alles darangesetzt werden, diesen Trend aufzuhalten und umzukehren. Darüber hinaus gilt es, verlorenes Vertrauen in die Verlässlichkeit der bayerischen Wohnraumförderung wiederherzustellen.